

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 34 / 2013 (30. August 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im August 2013
3. Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung
4. 18,6 Millionen Patienten 2012 stationär im Krankenhaus behandelt
5. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
6. Kurz notiert


Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

am kommenden Dienstag, den 03. September 2013, wird unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu ihrem ersten von drei Wahlkampfauftritten nach Brandenburg kommen. Ab 18.00 Uhr, Vorprogramm ab 17.00 Uhr, haben Sie die Chance, Dr. Angela Merkel live auf dem Marktplatz in Finsterwalde zu erleben. Ich würde mich freuen, Sie in Finsterwalde begrüßen zu dürfen.

Im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ein mögliches drittes Rettungspaket für Griechenland ins Spiel gebracht, wenn das Land weiter seine Hausaufgaben macht. Fest steht, Griechenland muss seine schwierigen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen fortsetzen. Dem Land wurden und werden große Opfer abverlangt; dies ist schmerzlich, aber unvermeidlich. So wurde in dieser Woche der geforderte Stellenabbau

im öffentlichen Dienst in die Wege geleitet. Allen ist klar: Ohne tiefgreifende Reformen und fortgesetzte Reformanstrengungen kann Griechenland nicht wieder auf die Beine kommen. Ein gegebenenfalls erforderliches weiteres Hilfspaket kann nur dann die notwendige Verbesserung bringen, wenn es mit weiteren Reformmaßnahmen einhergeht. Unkonditionierte Hilfszahlungen stopfen nur Löcher, bringen aber keine Wachstumsimpulse. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat daher zu Recht darauf hingewiesen, dass weitere Hilfen für Griechenland, wenn sie denn in den kommenden Jahren erforderlich werden könnten, nicht ohne Auflagen geleistet werden können.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im August 2013

Die Arbeitslosigkeit ist im August im Zuge der Sommerpause gering angestiegen. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt stabil entwickelt. Die Arbeitslosigkeit hat von Juli auf August um 32.000 auf 2.946.000 zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr waren 41.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit betrug im Juli 2,28 Millionen und die Erwerbslosenquote lag bei 5,4 Prozent.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung (SGB III) waren im August 956.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum August 2012 ergibt sich ein Anstieg von 46.000. Insgesamt 870.000 Personen erhielten im August Arbeitslosengeld; 34.000 mehr als vor einem Jahr.

Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung (SGB II) lag im August bei 4.423.000. Gegenüber August 2012 war dies ein Rückgang von 9.000 Personen. 8,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig. In der Grundsicherung waren 1.990.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 6.000 weniger als vor einem Jahr. Ein Großteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher ist nicht arbeitslos gemeldet. Das liegt daran, dass diese Personen erwerbstätig sind, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder sich noch in der Ausbildung befinden.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gewachsen. Der Anstieg ist jedoch schwächer als in den letzten Monaten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im Juli gegenüber dem Vorjahr um 218.000 auf 41,91 Millionen gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat nach der Hochrechnung der BA im Juni gegenüber dem Vorjahr um 348.000 auf 29,27 Millionen Personen zugenommen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt in allen Bundesländern. Auch die Betrachtung nach Branchen zeigt fast ausschließlich Zuwächse – insbesondere bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Zeitarbeit) und im Gesundheits- und Sozialwesen. Abnahmen gab es vor allem in der Zeitarbeit.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich in den letzten Monaten auf einem gutem Niveau stabilisiert. Im August waren 445.000 Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet, das waren 49.000 weniger als vor einem Jahr. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Energie und Elektro, Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Verkauf, Logistik und Gesundheit. Der Stellenindex der BA, der BA-X, zeigte sich im August unverändert bei 148 Punkte. Gegenüber dem Vorjahr lag er um 15 Punkte im Minus.

Von Oktober 2012 bis August 2013 wurden der Ausbildungsvermittlung insgesamt 485.000 Berufsausbildungsstellen gemeldet, 12.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Im gleichen Zeitraum haben rund 542.000 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und der Jobcenter bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet. Das waren 2.000 weniger als vor einem Jahr. Auch die Zahl der bislang abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt nach aktuellen Daten der Kammern unter dem Vorjahresniveau. Damit könnte die Ausbildungsmarktbilanz im September etwas schwächer ausfallen als im letzten Jahr.

3. Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Ein gefestigter Bundeshaushalt und verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft: Der Bericht über die finanzielle Lage des Bundes und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zieht eine positive Bilanz. Durch eine konsequente Ausgabendisziplin und die Reduzierung der Neuverschuldung hat die Bundesregierung den Bundeshaushalt nachhaltig gefestigt. Sie hat außerdem die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wesentlich verbessert und den Wettbewerb gestärkt. Das unterstreichen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler in ihrem gemeinsamen Bericht, den das Kabinett beschlossen hat. Diese Politik führt zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Innerhalb Europas steht Deutschland für Stabilität und Wachstum. Das ist keiner Laune der Konjunktur zu verdanken. Es ist das Ergebnis einer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Solidität und Zukunftsorientierung zur Richtschnur ihres Handelns macht. Es gilt, diese Politik nachhaltig ausgeglichener Haushalte und wettbewerbsstärkender Strukturreformen in Deutschland und Europa konsequent fortzusetzen.

Auszüge aus dem Bericht zur finanziellen Lage des Bundes und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland:

- Deutschland hat in den vergangenen Jahren seine öffentlichen Finanzen wieder auf ein solides Fundament gestellt. 2010 lag das strukturelle Defizit des Bundes noch bei fast zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für 2014 hat der Bund erstmals seit Jahrzehnten einen Haushalt aufgestellt, der einen leichten strukturellen Überschuss aufweist.
- Alle Fiskalregeln – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene – werden mit deutlichem Sicherheitsabstand eingehalten. Dies festigt das Vertrauen nationaler und internationaler Anleger in die Bonität Deutschlands.
- Die deutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren in einem schwierigen internationalen Umfeld als sehr widerstandsfähig erwiesen.
- Die Arbeitslosigkeit liegt auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren; die Erwerbstätigkeit bewegt sich auf historisch hohem Niveau.
- Die Konsolidierung der vergangenen Jahre hat das Wachstum gestärkt, indem sie Ausgabendisziplin mit einer wachstumsfreundlichen Gestaltung der Ausgaben verbunden hat. Die Bundesregierung setzt gezielt Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Forschung, Familien und Infrastruktur bei gleichzeitig moderater Entwicklung der Gesamtausgaben.
- Mit der Entlastung der Bürger in dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung Wachstumskräfte freigesetzt. Sie hat den Wettbewerb gestärkt, die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes weiter verbessert und das rege Innovationsgeschehen weiter angeregt. Sie hat zudem Maßnahmen ergriffen, um die langfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels und der Energiewende zu bewältigen.

- Deutschland steht an der Schwelle zum Abbau des jahrzehntelang immer weiter gewachsenen Schuldenbergs. Innerhalb der kommenden vier Jahre ist eine Rückführung der Schuldenstandquote um über zehn Prozentpunkte auf 68,5 Prozent der Wirtschaftsleistung realistisch. Der Bund wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

4. 18,6 Millionen Patienten 2012 stationär im Krankenhaus behandelt

Im Jahr 2012 wurden rund 18,6 Millionen Patientinnen und Patienten stationär im Krankenhaus behandelt, das waren 1,5 % mehr als im Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilt, dauerte der Aufenthalt im Krankenhaus durchschnittlich 7,6 Tage (2011: 7,7 Tage).

Für die stationäre Behandlung standen in 2 017 Krankenhäusern Deutschlands (2011: 2.045) insgesamt rund 501 000 Betten zur Verfügung; das waren gut 500 Betten weniger als 2011. Nach wie vor steht annähernd jedes zweite Bett (47,9 %) in einem Krankenhaus eines öffentlichen Trägers. Der Anteil der Krankenhausbetten in privater Trägerschaft nimmt jedoch weiterhin stetig zu (2012: 18,0 %), während der Anteil der Betten in freigemeinnützigen Häusern sinkt (2012: 34,1 %).

Mit 77,4 % lag die Bettenauslastung 2012 geringfügig über dem Vorjahresniveau (77,3 %). Öffentliche Krankenhäuser erreichten mit 78,9 % die höchste Auslastung. In privaten Häusern lag die Bettenauslastung bei 76,1 %, die Betten in freigemeinnützigen Krankenhäusern waren zu 75,9 % ausgelastet.

Rund 852 000 Vollkräfte – das ist die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit um-gerechneten Beschäftigten – versorgten 2012 die Krankenhauspatientinnen und -patienten. Knapp 143 000 Vollkräfte gehörten zum ärztlichen Dienst und 709 000 zum nichtärztlichen Dienst, darunter allein 313 000 Vollkräfte im Pflegedienst (2011: 311 000). Die Zahl der im Krankenhaus beschäftigten Vollkräfte nahm im Vergleich zum Vorjahr im ärztlichen um 2,7 %, im nichtärztlichen Dienst um 3,3 % zu.

Knapp 2 Millionen Patientinnen und Patienten nahmen 2012 eine stationäre Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung in Anspruch. Das waren 2,1 % Behandlungsfälle mehr als im Vorjahr.

In 1.215 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen standen rund 169.000 Betten zur Verfügung. Anders als bei den Krankenhäusern sind bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen private Träger die größten Anbieter: hier standen fast zwei Drittel aller Betten (65,9 %), Einrichtungen eines öffentlichen Trägers verfügten hingegen nur über 18,1 % der Betten. Den geringsten Anteil hatten freigemeinnützige Einrichtungen mit 16,0 % des Bettenangebots.

Mit 81,0 % lag die Bettenauslastung um 2,3 Prozentpunkte über der des Vorjahres (78,7 %). Öffentliche Einrichtungen hatten mit 90,8 % die höchste Bettenauslastung, private Einrichtungen mit 78,0 % die niedrigste.

Gut 8.000 Vollkräfte im ärztlichen Dienst und 84.000 Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst – darunter 21.000 Pflegevollkräfte – versorgten 2012 die vollstationären Patientinnen und Patienten in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

5. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

5.1. 80,5 Millionen Einwohner am Jahresende 2012

Im Jahr 2012 nahm nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) die Bevölkerungszahl Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 196.000 Personen (+ 0,2 %) zu und lag am Jahresende bei 80,5 Millionen Einwohnern. Einen ähnlich hohen Zuwachs hatte es zuletzt 1996 mit + 195 000 Personen gegeben. 2011 lag der Anstieg bei 92.000 Personen.

In den vorliegenden Bevölkerungszahlen sind die Ergebnisse des Zensus 2011 berücksichtigt. Mit der Veröffentlichung der Zensusergebnisse im Mai 2013 wurde die Berechnung der Bevölkerungszahl auf eine

neue Grundlage gestellt. Die mit dem Zensus festgestellte Einwohnerzahl lag rund 1,5 Millionen unter den Ergebnissen der laufenden Berechnung der Bevölkerungszahl auf Basis der Volkszählung 1987 beziehungsweise der Auswertung des zentralen Melderegisters der DDR zum 3. Oktober 1990.

Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Zu- und Fortzügen. Zudem fließt eine kleine Zahl von Korrekturen in die Berechnung ein. Die Zahl der Geburten lag wie in den Vorjahren deutlich unter der Zahl der Sterbefälle. Hauptursache für den Anstieg der Bevölkerungszahl war somit wie auch schon im vergangenen Jahr die stark gestiegene Zuwanderung.

Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich 2012 regional sehr unterschiedlich. In neun Bundesländern stiegen die Bevölkerungszahlen: Bayern (+ 76 000), Baden-Württemberg (+ 57 000), Berlin (+ 49 000), Hessen (+ 23 000), Hamburg (+ 16 000), Nordrhein-Westfalen (+ 9 000), Niedersachsen (+ 5 000), Schleswig-Holstein (+ 4 000) und Bremen (+ 3 000). In Rheinland-Pfalz blieb die Bevölkerungszahl nahezu gleich (+ 200). In den neuen Bundesländern sowie im Saarland war die Einwohnerzahl dagegen rückläufig. Besonders hoch fiel der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt (– 17 000) sowie in Thüringen (– 11 000) und Mecklenburg-Vorpommern (– 7 000) aus.

In Brandenburg gab es nur eine geringfügige Veränderung. Während Ende 2011 insgesamt 2.453,2 Millionen Menschen in Brandenburg lebten, waren es Ende des letzten Jahres 2.449,5 Millionen.

5.2. 5,1 % mehr Einbürgerungen im Jahr 2012

Im Jahr 2012 wurden in Deutschland mehr als 112 300 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Dies waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 5 400 Einbürgerungen mehr als 2011 (+ 5,1 %) und 10 800 mehr als 2010 (+ 10,6 %). Damit setzte sich die Entwicklung der letzten Jahre fort. Seit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 war die Zahl der Einbürgerungen zunächst zurückgegangen – von 186 700 im Jahr 2000 auf 94 500 im Jahr 2008. Seither steigen die Zahlen wieder kontinuierlich an.

Gegenüber dem Vorjahr haben vor allem Einbürgerungen aus den Mitgliedsländern der EU (+ 3 200 oder + 19,1 %) sowie aus den Kandidatenländern der EU (+ 4 861 oder + 15,0 %) zugenommen. Demgegenüber wurden aus den sonstigen europäischen Ländern weniger Personen eingebürgert als im Vorjahr (– 136 oder – 1,0 %). Noch größer ist der Rückgang bei den Eingebürgerten aus Afrika, Amerika, Asien und Australien beziehungsweise Ozeanien (zusammen – 2.200 oder – 5,2 %).

Innerhalb Deutschland ist die Zahl der Einbürgerungen vor allem in Baden-Württemberg angestiegen (+2 200 beziehungsweise + 15,2 %), gefolgt von Hessen (+ 1 700 beziehungsweise +12,8 %), Nordrhein-Westfalen (+ 900 beziehungsweise + 3,2 %) und Bayern (+ 700 beziehungsweise + 5,7 %). Rückläufige Zahlen gab es demgegenüber in Berlin (– 600 beziehungsweise –8,1 %) und in Brandenburg (– 300 beziehungsweise – 40,8 %) sowie bei den Einbürgerungen im Ausland (– 800 beziehungsweise – 24,2 %).

Wie schon in den Vorjahren wird die Liste der am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigkeiten von türkischen Staatsbürgern angeführt (33.200 Fälle), gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro und seinen Nachfolgestaaten (6.100 Fälle) und aus Polen (4.500 Fälle). Die am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigkeiten sind seit mehreren Jahren unverändert, ihre Reihenfolge verschiebt sich aber dabei von Jahr zu Jahr.

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial – also das Verhältnis von erfolgten Einbürgerungen zur Zahl jener Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland leben und damit alle Voraussetzungen erfüllen – betrug im Jahr 2012 durchschnittlich 2,4 %. Staatsbürger aus den Mitgliedsländern der EU weisen dabei traditionell unterdurchschnittliche Werte auf (1,2 %) – wahrscheinlich weil es für sie weniger zusätzlichen Nutzen bringt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, als dies bei vielen Personen aus Drittstaaten der Fall ist. Die höchsten Werte traten bei Kamerun

(26,5 % bei 900 Einbürgerungen), Nigeria (12,5 % bei 800 Einbürgerungen) und beim Irak auf (12,2 % bei 3 500 Einbürgerungen).

6. Kurz notiert

6.1. Atypische Beschäftigung sinkt 2012 bei insgesamt steigender Erwerbstätigkeit

Die Zahl der atypisch Beschäftigten ist 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 146 000 Personen gesunken, wie das Statistische Bundesamt auf Basis von Ergebnissen des Mikrozensus mitteilt. Damit gab es im letzten Jahr 7,89 Millionen atypisch Beschäftigte.

Es setzt sich die Entwicklung der letzten Jahre fort, bei der sich die Zunahme atypischer Beschäftigter verlangsamt hat und jetzt sogar etwas rückläufig ist. Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstätigen ging zwischen 2011 und 2012 von 22,4 % auf 21,8 % zurück. Seit 1991 war der Anteil atypisch Beschäftigter (12,8 %) nahezu kontinuierlich gestiegen und hatte 2007 seinen bislang höchsten Wert von 22,6 % erreicht. Seitdem blieb er knapp unter diesem Niveau und war 2012 nun erstmals deutlich rückläufig. Zu den atypisch Beschäftigten werden befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeiter gezählt.

Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen seit 2006 gestiegen. Im Jahr 2012 erhöhte sie sich um 504.000 auf 24,2 Millionen. Von der Zunahme entfielen 116.000 auf Teilzeitbeschäftigte mit mehr als 20 Stunden (+ 4,4 %) und 388.000 auf Beschäftigte in Vollzeit (+ 1,8 %). Diese positive Entwicklung trug dazu bei, dass sich die Zahl der Kernarbeitsstätigen - die Summe aus den Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen und den atypisch Beschäftigten - um 341.000 Personen erhöht hat.

Insgesamt beziehen sich die Beschäftigtenzahlen auf Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befanden.

Hintergrund:

Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden – in Abgrenzung vom Normalarbeitsverhältnis – Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse gezählt.

Im Gegensatz zum Normalarbeitsverhältnis, das in der Regel darauf ausgerichtet ist, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen voll zu finanzieren, können atypische Beschäftigungsformen diesen Anspruch häufig nur bedingt erfüllen.

Sie sind jedoch nicht mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Prekäre Beschäftigung zeichnet sich durch ein erhöhtes Armutsrisiko des/der Beschäftigten aus, welches zusätzlich von der persönlichen Berufsbiografie und dem persönlichen Haushaltskontext abhängig ist.

Die hier angesprochenen Formen atypischer Beschäftigung können durchaus absichtlich gewählt sein, weil sich beispielsweise im konkreten Fall dadurch berufliche und andere persönliche Interessen besser kombinieren lassen.

6.2. 61 % der befristet Beschäftigten wurden 2010 nach Tarif bezahlt

Fast zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag wurden 2010 nach Tarif vergütet. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, war die Tarifbindung damit höher als bei den Beschäftigten mit unbefristeten Arbeitsverträgen (54 %). Insgesamt wurden 2010 für gut die

Hälfte aller Arbeitnehmer (55 %) in Deutschland die Verdienste und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt.

Ein Grund für den hohen Anteil der Tarifbindung bei befristet Beschäftigten ist, dass gut ein Viertel von ihnen in den Bereichen öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht tätig ist. Beide Branchen weisen eine sehr hohe Tarifbindung auf.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent